

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Dienstrechts-Novelle 2018

Der Entwurf der Dienstrechts-Novelle 2018 enthält eine Reihe von Änderungen zur Modernisierung des Dienstrechts des Bundes. Hervorzuheben sind dabei die folgenden Maßnahmen:

- Gleichstellung von Bundesbediensteten mit Wachebediensteten bei schweren Dienstunfällen durch Übernahme der Bestimmungen des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes in das Gehaltsgesetz 1956. Diese Regelungen gelten gleichermaßen auch für Präsenz- und Zivildienstleistende.
- Compliance und Integrität: Vereinheitlichung der Regelungen zum Geschenkkannahmeverbot und Regelung der Teilnahme an Veranstaltungen im dienstlichen Zusammenhang. Damit schaffen wir mehr Rechtssicherheit und Klarheit für die Bundesbediensteten.
- Gleichstellung der Vertragsbediensteten mit Beschäftigten der Privatwirtschaft hinsichtlich der Möglichkeit der Inanspruchnahme der Wiedereingliederungsteilzeit. Mithilfe der Wiedereingliederungsteilzeit können Bedienstete schrittweise in den Arbeitsprozess zurückkehren. Dies hat Vorteile für Dienstgeber und Dienstnehmer.
- Anpassung des Einsatzzuschlages an das Bedrohungsniveau in Krisengebieten. Damit passen wir das Auslandszulagen- und –hilfeleistungsgesetz an die aktuellen Gegebenheiten an, welchen die Bediensteten in gefährlichen Einsätzen ausgesetzt sind.

- Anpassung des Dienst- und Besoldungsrechts an Änderungen aufgrund des Bundesministeriengesetzes 1986.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, das Bundeslehrer-Lehrverpflichtungsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundesbahngesetz, das Bundesbahn-Pensionsgesetz, das Bundespensionsamt-übertragungs-Gesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Überbrückungshilfengesetz, das Poststrukturgesetz, das Auslandszulagen- und -hilfeleistungsgesetz, das Militärberufsförderungsgesetz 2004, das Heeresgebührengesetz 2001, das Zivildienstgesetz 1986, das UmsetzungsG-RL 2014/54/EU und das Bundeshaushaltsgesetz 2013 geändert werden und das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz aufgehoben wird (Dienstrechts-Novelle 2018) samt Vorblatt, WFA, Erläuterungen und Textgegenüberstellung dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen.

8. Juni 2018

Heinz-Christian Strache

Beilage